



# LAND DER KLEINEN LEUTE

Steffen Mau, Autor von  
*Lütten Klein: Leben in der ostdeutschen  
Transformationsgesellschaft*

Interview: Loren Balhorn, Fotografie: Marten Körner

**Lütten Klein hat in dem Jahr seit seinem Erscheinen viel Lob bekommen. Wie kamst Du darauf, dieses Buch zu schreiben?**

Ich kam darauf, weil ich da ein Defizit sah. Zwei gegensätzliche, womöglich sogar verfeindete Gesellschaften vereinigen sich – das ist doch eigentlich das spannendste soziologische Experiment, das man sich vorstellen kann. Da würde man annehmen, dass es etliche soziologische Bücher auf dem Markt gibt, die das von allen Seiten beleuchten – aber mir ist keines eingefallen, das ich vorbehaltlos weiterempfehlen würde.

Das Thema der Vereinigung wurde von vielen für eine nahezu abgeschlossene Sache gehalten, obwohl man doch noch immer so viele Unterschiede und erkennbare Unwuchten antrifft. Das wollte ich auf eine Art und Weise beschreiben, die sich abhebt von den Büchern, die aufs politische System fokussieren, sich mit der Partei und Staatsführung, mit der ideologischen Doktrin, mit Staatssicherheit und solchen Dingen beschäftigen. Als Soziologe wollte ich die Gesellschaft als solche ernst nehmen und von innen heraus erzählen, möglichst ohne Scheuklappen und unvoreingenommen.

Sei es die Stimmung in den neuen Bundesländern oder Klassenverhältnisse in der ehemaligen DDR — Steffen Mau weiß, wovon er spricht. Der geborene Rostocker, inzwischen Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Autor zahlreicher Bücher und Artikel, veröffentlichte im Herbst 2019 *Lütten Klein: Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Seine These: Durch die sozialpolitische Enge des Staatssozialis-

**Und auch aus Deinen eigenen Erfahrungen heraus.**

Ja, das war sozusagen ein »Herkunfts-Bonus«, den ich aktiv genutzt habe. Es stand die Frage im Raum, ob ich ein Buch schreiben möchte, in dem ich selber in meiner eigenen Verwicklung unsichtbar werde, oder eines, in dem ich explizit mache, aus welcher biographischen Perspektive heraus ich schreibe und analysiere. Ich fand das letztere ehrlicher, obwohl es als der unwissenschaftliche Zugang gilt. Aber man könnte auch sagen, es ist viel wissenschaftlicher, wenn man die Prämissen der eigenen Analyse offenlegt. Zugleich darf man sich dadurch nicht kompromittieren und in seinen Analysemöglichkeiten beschränken.

**Glaubst Du, dass das Buch einen Beitrag leistet, die DDR-Gesellschaft für Menschen nachvollziehbar**

**zu machen, die sie selber nicht erlebt haben?**

Ich habe unglaublich viele Reaktionen auf das Buch bekommen. Selbst neoliberale und konservative Star-Publizisten haben mir Mails geschrieben und gesagt: »So haben wir die DDR noch nie kennengelernt.« Die DDR ist ja fast immer aus ihrem Scheitern heraus beschrieben worden, und das habe ich zu vermeiden versucht, auch wenn ihre Defekte eine zentrale Rolle spielen. Ich habe mich erst einmal gefragt: Wie haben die Leute gelebt? Warum haben sie sich an dieses System gebunden? Wie sah die Organisation des Alltags aus? Welche Wohnformen spielten eine Rolle? Das hat das Buch vielleicht gerade für Westdeutsche interessant gemacht.

Vor allem aber glaube ich, dass durch die 30 Jahre seit der Wiedervereinigung eine Art Karenzzeit vergangen ist, so dass man nun anders darüber sprechen kann und sich nicht mehr in die ideologischen Gräben hinein begeben muss. Ich denke, das wechselseitige Interesse hat sich nochmal verstärkt und das Verhältnis etwas aufgelockert.

Natürlich gibt es nach wie vor diesen Blick auf die jammern den Ostdeutschen, die jetzt schon wieder ankommen. Das wird man auch nicht ganz wegbekommen. Aber wenn man

sich jetzt die Rede des Bundespräsidenten zum dritten Oktober ansieht, dann stehen da zum Teil Sätze drin, die die Ostdeutschen mit großer Ernsthaftigkeit in den Diskurs einbeziehen. Sachen, die die Medien im Nachhinein nicht so intensiv aufgegriffen haben, wie es notwendig gewesen wäre, etwa ein Bekenntnis dazu, dass es auch Fehler der Wiedervereinigung gab, dass man Kritik an der Treuhand, der Privatisierungspolitik und vielem anderen zulassen sollte, und dass es eine einseitige Veränderungszumutung für den Osten gab.

**Ist dieses neue Verständnis für die Ostdeutschen nicht bloß eine Reaktion auf den Aufstieg der Alternative für Deutschland?**

Sicher ist diese Entwicklung im Osten sowas wie eine Alarmglocke gewesen. Pegida und die AfD-Wähler-

folge haben das unterschwellige Grollen der Ostdeutschen sichtbarer gemacht als zuvor, wobei man das keinesfalls in eins setzen sollte.

Das Problem besteht darin, dass auch diese Akteure politisieren, was hier im Osten nicht gut gelaufen ist, und man ihnen nicht in die Hände spielen möchte. Der Diskurs darf nicht unter den Tisch fallen, man darf ihn aber auch nicht so führen, dass er bei der AfD oder anderen rechtspopulistischen Gruppen einzahlt. Man muss beim Öffnen der Diskursräume darauf achten, dass man die Balance findet und nicht in so eine Jammer-Kultur verfällt, in der sich die Anhängerschaften der AfD bestätigt fühlen können.

**Du nennst die DDR-Gesellschaft eine »proletarische Kleinbürgergesellschaft«, manchmal auch »Normierungsgesellschaft«. Ein echter »Arbeiter- und Bauernstaat« war die DDR für Dich offensichtlich nicht. Was für eine Gesellschaft war sie also dann?**

Ich verstehe sie als eine stark nivellierte Gesellschaft mit Klassen auf dem Papier, aber relativ geringen sozialen Unterschiede in der Lebensweise oder in Form ausdifferenzierter Klasseninteressen. Natürlich gab es da die Arbeiter und Bauern und die Klasse der Intelligenz, aber was die DDR und die anderen sozialistischen Staaten vor allem gemacht haben, ist die Entbürgerlichung der Gesellschaft voranzutreiben, indem sie die Besitzklassen abschafften und Eigentum zu etwas Lästigem machten – selbst der Besitz eines Mehrfamilienhauses hat mehr Kosten verursacht als Einkommen gebracht. Viele bürgerliche Gruppen verließen die DDR gen Westen. Alle anderen wurden in eine arbeitnehmerische Kultur und Position gebracht, sodass die Klassen nicht mehr in Konflikt zueinander standen und nur noch wenig Reibereien miteinander hatten, sondern

mus und das Schleudertrauma der Wende entstand in Ostdeutschland eine Gesellschaft voller »Frakturen«, die das Leben in der Region entscheidend prägen und nicht von selbst verschwinden werden. Er sprach mit *Jacobin* über deutsch-deutsche Verhaltenstherapien, was er mit seiner Forschung erreichen wollte, und was aus dem Osten noch werden könnte.

wie Tortenschichten übereinander lagen.

Dann gab es die Tendenz zur Herausbildung einer neuen Klasse der Intelligenz, also einer Expertenklasse mit akademischer Ausbildung, die die höheren Positionen besetzte. Diese Klasse hat man wieder herabzudrücken versucht, sowohl in ihren Bestrebungen der Differenzierung nach

oben als auch in ihren Möglichkeiten der Reproduktion dieser Klassenstruktur, indem man den Zugang ihrer Kinder zu höherer Bildung stark beschränkte, und das Leistungsprinzip durch das Kaderprinzip überlagerte. Loyalitätsbindung war wichtiger als eine starke Qualifikationsorientierung. Die DDR ist in Folge dessen eine kleinbürgerliche Gesellschaft oder eine Gesellschaft der kleinen Leute geworden, die Ostdeutschland in gewisser Weise bis heute geblieben ist.

**Wie kann man die Rolle der SED in dieser Gesellschaft verstehen? Als eine Art »herrschende Klasse«?**

Zu Anfang haben viele Parteifunktionäre noch davon gezeht, dass sie selber Widerstandskämpfer waren oder Verfolgte des Nazi-Regimes. Der vollständige Elitenwechsel in der Gründungs-DDR hat erstmal einen sozialen Aufwärtssog erzeugt. Unglaublich viele Leute aus einfachen und einfachsten Schichten sind in Spitzenpositionen gelangt. Im Westen sah die Elitenrekrutierung natürlich anders aus, da gab es mehr Kontinuität. Dass die Erfahrung dieser ersten DDR-Generation eine des Zugewinns an Sozialstatus war, hat politische Bindungen und eine Zustimmung zum System erzeugt.

Ab den 1970er Jahren galt in der DDR eine andere Art von Sozialvertrag, der nicht mehr über Aufstieg funktionierte, sondern über Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs, mit Wohnraum, mit sozialer Sicherheit. Das hat die Leute an die DDR gebunden. Und als in den 1980er Jahren klar wurde, dass dieser Vertrag ökonomisch nicht nachhaltig war, löste sich diese Bindung auf. Zugleich wurden die Forderungen nach Demokratie und Freiheit lauter.

**Aber die Angst vor Repression war sicherlich auch ein wesentlicher Grund, sich einzureihen.**

sich keine kleine Gruppe mit dem Sozialismus arrangierte. Es war nicht so, dass die Leute jeden Tag aus ihrer Wohnung gingen und das Gefühl hatten, sie würden von der Stasi verfolgt. Das hat für die meisten Leute im Alltag keine herausragende Rolle gespielt. Das galt für die, die mit dem System in Konflikt gerieten. Aber das war eine gesellschaftliche Minderheit. Viele andere haben sich in dieser Art »kommoder Diktatur« eingerichtet. Das mag erschreckend sein, aber soziologisch ist das die korrekte Beschreibung.

**Du hast einmal gesagt, man sei naiv in die Wiedervereinigung hineingegangen. Ich würde den Spieß umdrehen: Ist nicht die Vorstellung, dass man naiv war — zumindest in Bezug auf die Kohl-Regierung — selbst etwas naiv?**

Ja, ein starkes strategisches Moment war von Anfang an da, das ist bekannt. Trotzdem glaube ich, dass die Kohl-Regierung naiv war in dem Sinne, dass sie sich das Ganze einfacher vorgestellt hatte und glaubte, dass ihre Politik zu etwas wie einem friktionsarmen Hereinholen von Ostdeutschland in den Westen führen würde. Die Folgeprobleme, die wir heute beobachten, wurden nicht vorhergesehen.

Man hat die institutionelle Struktur des Westens einfach in den Osten transferiert, und die Reserve-Eliten des Westens gleich dazu, während die alten ostdeutschen Eliten entlassen wurden. Das ist ein sehr enttäuschungsanfälliger Prozess, weil immer alles, was nicht klappt, sehr einfach den westdeutschen Eliten zur Last gelegt werden kann. Bei der Treuhand hingegen hat man die Verantwortung vom Politischen getrennt. Wenn die Treuhand nicht so eine große Unabhängigkeit gehabt hätte, sondern stärker politisch und parlamentarisch aufgestellt gewesen wäre, dann hätte es eine viel größere Übergangskrise gegeben. So hat sich viel Wut an der Treuhand entladen und ist letzten Endes ins Leere gelaufen, weil sich die Politik von all dem freimachen konnte.

Aus heutiger Sicht wissen wir, dass man viel stärker in die Köpfe der Menschen hätte investieren müssen, damit sie sich dieses Projekt der Wiedervereinigung und der Transformation in ein neues Gesellschaftsmodell hätten zu eigen machen können. Da fehlte ein Mobilisierungsschub. Außerdem müsste man mit Jürgen Habermas sagen, dass es der Anschluss der ostdeutschen Öffentlichkeit an die bundesrepublikanische Öffentlichkeit samt der Medien verunmöglicht hat, dass sich die ostdeutsche Gesellschaft findet und sortiert, um überhaupt so etwas wie ein kollektives Interesse auszubilden. Die Öffentlichkeit, die Wirtschaft, die gesamte politische Kultur ist mit einem Mal zusammengebrochen, ohne dass man dafür in irgendeiner Weise Ersatz gefunden hat.

**Habermas beschreibt diese fehlende ostdeutsche Öffentlichkeit als einen fast schon**



Genug Platz bleibt inmitten der neuen Wohnblocks von Rostock-Lütten Klein für die jüngsten Bürger, denen die Verfassung alle Fürsorge garantiert. Fotografie: Jürgen Sindermann

**unerwarteten, ungewollten Nebeneffekt der Wende. Die Kommunikationswissenschaftlerin Mandy Träger zeigt in ihrer Forschung hingegen auf, wie sich die westdeutschen Medienkonzerne bereits im Herbst 1989 daran machten, die Presselandschaft im Osten aufzukaufen.**

Eine eigenständige ostdeutsche Medienlandschaft gab es schon nach wenigen Monaten nicht mehr, was auch Verständigungs- und Aufarbeitungsprozesse erschwert hat. Die Ostdeutschen wurden in eine Artikulationsschwäche gebracht, konnten kaum noch etwas am Gang der Dinge verändern. Man darf nicht vergessen: In den 1990er Jahren sind die Leute zu Zehntausenden auf die Straße gegangen, um gegen die Treuhand zu demonstrieren. Alle Umfragen, die wir aus den 1990er Jahren haben, sehen bei den Ostdeutschen massive Kritik an der Vereinigung. 70, 80 Prozent der Leute sagten damals, das es nicht richtig laufe. Zwei Drittel sagten sogar, dass sie durch den Westen kolonialisiert wurden.

Aber es gab für diesen Prozess keine Revisionsklausel. Man hat weder die Privatisierung noch die Eins-zu-eins-Über-

tragung von Institutionen hinterfragt und in einem demokratischen Prozess miteinander ausdiskutiert, sondern einfach die einmal eingeschlagene Linie durchgezogen, ungeachtet der Schäden und des Widerspruchs. Das Motto lautete: Es gibt keine Alternative. Ihr habt einmal im Frühjahr 1990 mehrheitlich die Allianz für Deutschland gewählt, jetzt gibt es keine Möglichkeit der effektiven Mitsprache und Mitgestaltung dieses Prozesses mehr.

**Dann stellt sich aber die Frage, wie die Stimmung damals so schnell kippen konnte. Warum gab es keine stärkere Bewegung für eine andere Wiedervereinigung?**

Ich würde nicht sagen, dass die Wiedervereinigungsakteure die Revolution gestohlen haben. Es gab einen starken Willen, schnell zur Einigung zu kommen, nachdem diese Option auftauchte. Die Wiedervereinigung war eben auch eine Einladung in eine schon existierende Wohlfahrtsdemokratie, die man sonst selber mit Mühe über Dekaden hätte aufbauen müssen. Für viele Leute war das ein attraktives Modell, und die Bürgerrechtler und die linken Bewegungen sind dabei an den Rand gedrängt worden. Es gibt die These, dass die Bürgerrechtler schon in der DDR eine Sondergruppe waren und wenig Verbindung zur allgemeinen Bevölkerung hatten. Ich würde diese beiden Gruppen nicht so stark gegeneinander setzen. Aber zugleich ist klar, dass man mehrheitlich gar nicht mehr über mögliche Alternativen diskutieren wollte. Schon im Dezember lag die Wiedervereinigung mit dem Zehn-Punkte-Plan von Kohl auf dem Tisch. Dadurch waren die gesamten runden Tische und Dialogformen, die sich gerade erst zu etablieren begannen, gleich wieder obsolet. Die DDR ist fast schon in den Schoß der Bundesrepublik hinein kollabiert.

**Wäre eine andere DDR überhaupt möglich gewesen?**

Ich glaube zu dem damaligen Zeitpunkt hatte die DDR kaum noch Überlebenschancen. Sie hatte keine credibility bei ihren Bürgern mehr. Man nahm das sozialistische Erlösungsversprechen nicht mehr für bare Münze, man wollte aus der Enge des DDR-Staats ausbrechen. In dem Moment, als die Grenze aufmachte, war klar, dass die DDR nicht mehr überlebensfähig ist, sondern dass sie externe Stabilisatoren durch starke Grenzen und die Schutzmacht Sowjetunion benötigt.

**Was sagst Du zu der Kritik, dass die zwei deutschen Staaten laut Grundgesetz einen Verfassungskonvent hätten abhalten müssen, als Vorstufe zur Wiedervereinigung?**

Das war damals in der Diskussion, aber ich glaube es war eine unrealistische Option. Das Zeitfenster war sehr schmal. Es war nicht klar, wie lange Gorbatschow den Türspalt offen hält und überhaupt an der Macht bleibt. Die

Sowjetunion war ja auch ein bröckelndes Imperium. Auch waren nicht alle West-Alliierten begeistert, dass es zur deutschen Wiedervereinigung kommen könnte. Und wenn man in dem Moment noch eine Verfassungsdiskussion geführt hätte – bei der vielleicht rauskäme, dass man nicht mehr Mitglied der NATO sein wolle – ich glaube, da hätte man die Chance vergeben. Ich denke aber, man hätte nach der Wiedervereinigung in einen Verfassungsprozess hinein gehen können, allein schon um die Ostdeutschen stärker symbolisch zu integrieren.

**Nachdem das alles nicht eingetreten ist, konnte sich das, was von der SED übrig geblieben war, in Form der PDS wieder ein Stück weit als Vertretung der Ostdeutschen in der Bundespolitik etablieren. Wie schätzt Du ihre Rolle bei der Integration der Ostdeutschen ein?**

Bei all meiner Skepsis gegenüber dieser Partei, die aus der Vergangenheit herrührt und die ich auch nicht ganz loswerden kann, hat sie natürlich ein Drittel der Ostdeutschen mitgenommen und in das politische System integriert. Ein Verbot der SED-PDS hätte die Leute parteipolitisch in eine Art Obdachlosigkeit hineingetrieben und wahrscheinlich eine außerparlamentarische Protestbewegung hervorgerufen, wie wir sie heute auf der anderen Seite des politischen Spektrums kennen. In diesem Sinne hatte die Weiterexistenz der PDS durchaus einen pazifizierenden Effekt.

**Du beschreibst die ostdeutsche Gesellschaft, die seit der Wende entstanden ist, als »frakturiert«. Was sind das für Frakturen?**

Da wäre erstens die demografische Frage: Ostdeutschland ist eine entleerte, geschrumpfte und überalterte Gesellschaft, zudem stark maskulinisiert. Zweitens hat Ostdeutschland keine voll ausgeprägte demokratische Kultur. Dafür gibt es mehrere Gründe, die zum Teil aus der DDR stammen, aber auch im Vereinigungsprozess noch einmal verhärtet wurden. Der vopolitische Raum der Zivilgesellschaft ist in Ostdeutschland unterentwickelt. Und drittens ist da sicherlich die nach wie vor schwache ökonomische Entwicklung. Dass sich nur ein kleinteiliger Familienkapitalismus entwickelt hat, keine großen Dax-Unternehmen im Osten beheimatet sind und es eine riesige Vermögensklüft gibt zwischen Ost und West, die sich offensichtlich auch nicht ohne weiteres schließt. Die reichsten Ostdeutschen sind heute Westdeutsche. Man könnte dann noch die Elitenschwäche Ostdeutschlands hinzunehmen, die sich in fast allen gesellschaftlichen Sektoren zeigt.

**Politisch lehnt Du eine »innerdeutsche Gesprächstherapie« explizit ab. Lütten Klein endet mit dem Satz »es braucht deutlich mehr als den Schmierstoff der Anerkennung, um hier Abhilfe zu schaffen«.**

Steffen Mau zu Besuch in seinem Heimatort Lütten Klein.



*»Ich kenne Ostdeutsche, die nach Schweden ausgewandert sind und sagen, da wäre es so, wie man sich die DDR vorgestellt hatte. Da geht es letzten Endes um soziale Errungenschaften, starke Infrastruktur, Daseinsvorsorge, auch Solidarität, und nicht so exzessive Ungleichheiten. Das sind Dinge, mit denen Ostdeutsche noch sehr viel anfangen können.«*

**Hätte da nicht noch ein Kapitel hingemusst? Wenn Gesprächstherapie nichts bringt, was dann?**

Die Frakturen sind in den Kernstrukturen angelegt, daher sind Reparaturmöglichkeiten nicht so einfach zur Hand. Davon, dass sich Ost und West einmal besser zuhören, verschwindet nicht die Vermögensungleichheit. Man braucht den Diskurs, er ist notwendig, aber nicht hinreichend.

Es gibt neuerdings einige Veränderungen auf der kulturellen Ebene, ein neues ostdeutsches Selbstbewusstsein und eine größere Differenzierung innerhalb Ostdeutschlands entlang von Stadt und / Land oder auch Boom-Regionen und zurückbleibenden Regionen. Damit bietet sich die Chance, Ostdeutschland anders zu codieren und ein neues Selbstverständnis auszubilden. Da sind jüngere Generationen gefragt, neue Identitätsbezüge auszuprägen, die anders sind als nostalgisch und rückwärtsgewandte Ost-Identität der 1990er Jahre. Bei den wirtschaftlichen Fragen braucht es eine Ansiedlung von Unternehmen, eine Stärkung der ostdeutschen Universitäten und eine Reform der Vermögensbesteuerung, die aber auf allgemeine Fragen von Ungleichheit und regionalen Disparitäten ausgerichtet sind. Das wäre also nichts spezifisch ostdeutsches.

**Ich bin in einem Land aufgewachsen, in dem es hieß, Sozialismus würde es hier niemals geben – dann kam Bernie Sanders. Du bist in einem Sozialismus aufgewachsen, der vom eigenen Volk gestürzt wurde. Kann man im Osten mit dem Begriff »Sozialismus« politisch noch etwas anfangen, oder braucht die Linke im 21. Jahrhundert ein anderes Wort dafür?**

Der Sozialismus wird im Osten ja besser bewertet als im Westen, obwohl es ihn im Osten gegeben hat. Bei der Frage, ob der Sozialismus auch gute Dinge beinhaltet, bejahen das im Osten fast doppelt so viele Leute. Ich kenne Ostdeutsche, die nach Schweden ausgewandert sind und sagen, da wäre es so, wie man sich die DDR vorgestellt hatte. Da geht es letzten Endes um soziale Errungenschaften, starke Infrastruktur, Daseinsvorsorge, auch Solidarität, und nicht so exzessive Ungleichheiten. Das sind Dinge, mit denen Ostdeutsche noch sehr viel anfangen können. Ob das Label des Sozialismus noch zum Verkaufsschlager führen könnte? Das ist eine andere Frage, die ich eher verneinen würde. Aber das, was sich dahinter verbirgt, wird in der Regel ganz gut bewertet. Sicher nicht mit der Eigentumsform und auch nicht mit dem Einparteiensystem, das in der DDR vorgeherrscht hat, aber durchaus mit der Verpflichtung, dass Eigentum zur Produktion öffentlicher Güter herangezogen werden sollte. Da, glaube ich, könnten viele Ostdeutsche mitgehen. 7